

Ob der Gutachterdienst des Hauses die politische und parlamentarische Entscheidung vorprägen oder sogar ersetzen kann, ist wiederum eine andere Frage, zu der Sie Stellung genommen haben.

Wir wollen, indem wir den Antrag unterstützen, deutlich machen, dass wir erhebliche rechtliche Bedenken haben. Diese rechtlichen Bedenken dokumentieren wir auch dadurch, dass wir jetzt für die Änderung der Tagesordnung stimmen und nicht einer Empfehlung des Gutachterdienstes folgen, denn der kann unsere parlamentarischpolitische Entscheidung nicht ersetzen. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Gödecke. – Meine Damen und Herren! Ich lasse nunmehr über den **Antrag zur Geschäftsordnung** von Herrn Remmel abstimmen. Wer dem Antrag von Herrn Remmel folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600
erste Ergänzung
Drucksache 14/5200
zweite Ergänzung
Drucksache 14/5350

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 14/5500 – 14/5506,
14/5508, 14/5510 – 14/5515 und
14/5520

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011 mit Finanzbericht 2008

Drucksache 14/4601

Sowie:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4602

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5517

zweite Lesung

Ich verweise auf die Übersicht in der Tischvorlage mit insgesamt **80 Änderungsanträgen** der Fraktionen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sagel, fraktionslos.

Meine Damen und Herren, das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt jeweils die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor – ich verweise auf die Übersicht –, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz stimmen wir morgen vor der Gesamtabstimmung ab. Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2008 in zweiter Lesung erfolgt morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr finden keine Abstimmungen statt. Nach der Beratung des Einzelplans 01 werden die Haushaltsberatungen unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Ich rufe den **Einzelplan 03** mit zwei Teilbereichen auf:

Innenministerium

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5503 und die Änderungsanträge der Fraktion der SPD sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen laufende Nummern 1 bis 3 der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung zu dem **Teilbereich „Innen- und Verwaltungsstrukturreform“**.

Ich gebe Herrn Dr. Rudolph von der SPD-Fraktion das Wort.

ist ein **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/5621**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind einige Kollegen der SPD-Fraktion,

(Lachen bei CDU und FDP)

das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. Dort hat sich noch der Kollege Sagel gemeldet. Wie haben Sie abgestimmt, Herr Sagel?

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ich habe zugestimmt.)

– Sie haben zugestimmt. – Damit ist dieser Antrag mit deutlicher Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 2; das ist ein **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5661**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. – Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens ab über einen **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 3 **Drucksache 14/5691**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. Damit ist auch dieser Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Mehrheit des Hauses **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt ab über den **Einzelplan 03** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5503**. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. So **angenommen**.

Meine Damen und Herren, damit können wir diesen Tagesordnungspunkt verlassen. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Ich rufe auf das

Gemeindefinanzierungsgesetz

Das ist der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/4602. Hierzu gibt es eine Ergänzung in der Drucksache 14/5350. Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5517 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Jäger das Wort. Bitte schön.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2008 scheint sich auf den ersten Blick durchaus positiv darzustellen. Die Verbundgrundlagen steigen um 12,7 %. Der Verbundbetrag – also das, was an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen nächstes Jahr zur Ausschüttung kommen soll – beträgt insgesamt 7,5 Milliarden €, das sind 855 Millionen € mehr als 2007. So weit, so gut.

Diese Steigerung geht allerdings ausschließlich darauf zurück, dass in der Vergangenheit, in der Gegenwart und hoffentlich auch in der Zukunft 23 % der großen Steuereinnahmen an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen als Schlüsselzuweisung ausgeschüttet wurden bzw. werden. Das ist keine Leistung dieser Landesregierung oder dieser Regierungskoalition, sondern letztendlich einfache Mathematik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber bei genauerem Hinsehen stellt man fest, dass trotz dieser Einnahmensteigerung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen deren Haushaltssituation zunehmend dramatischer wird. Allein die Tatsache, dass rund 13 Milliarden € an Kassenkrediten in den nordrhein-westfälischen Kommunen existieren – das ist eigentlich eine Kreditart, die nach der Gesetzgebung in Nordrhein-Westfalen lediglich für vorübergehende Liquidität und keineswegs zur Finanzierung der Verwaltungshaushalte erhalten soll; so groß war die Summe im Lande Nordrhein-Westfalen noch nie –, und der Umstand, dass Sie als Regierungskoalition bzw. als Landesregierung den Kommunen in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2006 und 2007 erhebliche Mittel entzogen haben und dass Sie diesen Raubzug durch die kommunalen Kassen nun fortsetzen, führen zu dieser dramatischen Situation in den Kommunen und in den Haushalten Nordrhein-Westfalens.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte nur ein Beispiel anführen: Allein die Tatsache, dass Sie den Kommunen ihre Anteile an der Grunderwerbsteuer vorenthalten, führt zu Einnahmeausfällen und zu strukturellen Verschlechterungen von 165 Millionen €. Für 2008 fortgerechnet, bedeutet das einen weiteren Verlust von 180 Millionen €, und dies begründen Sie mit der perfiden Aussage, dass auch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen einen Konsolidie

rungsbeitrag für den Landeshaushalt leisten sollen.

(Sören Link [SPD]: Schäbig ist das!)

Das, meine Damen und Herren, ist nichts anderes als vorgetäuschter Diebstahl.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Situation ist so dramatisch, dass mit Stand Mai 2007 190 Kommunen ein Haushaltssicherungskonzept haben vorlegen müssen. 113 von diesen haben ihr Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigt bekommen und führen sogar einen sogenannten Nothaushalt. Sie haben damit jede eigene kommunalpolitische Handlungsfähigkeit verloren.

Das ist in Nordrhein-Westfalen trauriger Rekord geworden. Die finanzielle Situation der übrigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist trotz gestiegener Gewerbesteuereinnahmen und erheblicher Sparbemühungen auf der Ausgabenseite weiterhin stark angespannt. Ich sagte es gerade schon: 13 Milliarden € an Kassenkrediten zeigen auf, dass die Spreizung zwischen ganz armen Kommunen und weniger armen Kommunen immer größer geworden ist.

Diese scheinbar günstigen Rahmenbedingungen höherer Gewerbesteuereinnahmen, höherer Schlüsselzuweisungen für kommunale Haushalte sind bei näherer Betrachtung weit dramatischer, als es zuerst erscheint. Die gute Konjunktur ist der ausschließliche Hintergrund. Denn sie lässt die Einnahmen aus Steuern deutlich steigen, die den Kommunen über die Gewerbesteuer direkt und über die gestiegenen Finanzausgleichsmasse indirekt zugute kommen.

Strukturell dagegen stehen die Gemeinden im Jahre 2007 im Vergleich zum Jahre 2000 noch sehr viel schlechter dar. Die Eingriffe des Landes in das GFG des Jahres 2007 und die zusätzlichen Belastungen im Haushalt 2007 außerhalb des Gemeindefinanzierungsgesetzes schränken die Handlungsfähigkeit stark ein und summieren sich während Ihrer Regierungszeit auf jetzt 1 Milliarde € 1 Milliarde € – das ist Ihre Leistung, meine Damen und Herren von CDU und FDP – haben Sie den Kommunen seit Ihrem Regierungsantritt zu Unrecht entzogen und ihnen aus ihren Haushalten geklaut,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und das in einer Situation, in der viele Kommunen ohnehin nicht mehr wissen, wie sie klarkommen sollen.

Der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen sieht sich gerne in der Rolle des eisernen Helmut. Tatsächlich fallen ihm jedoch die Steuermehreinnahmen in den Schoß, und die Ausgabenseite steigt weiterhin stark an. Er kann „konsolidieren“ vielleicht buchstabieren, aber keinesfalls mit aktivem politischen Handeln unterlegen; das gilt im Übrigen auch für beide Regierungsfractionen. Für diese Rolle des eisernen Helmut wird er ganz sicher keinen Oscar bekommen. Er kann sich vielmehr bei der Preisverleihung der Goldenen Himbeere mit Demi Moore und Sylvester Stallone in eine Schlange stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es droht weiteres Ungemach für die nordrhein-westfälischen Kommunen: Die Erstattung des Bundes für sogenannte Hartz-IV-Aufwendungen soll noch einmal von 31,2 auf 28,6 % abgesenkt werden. Die Finanzwirtschaft rechnet insgesamt mit einem steigenden Zinsniveau in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Monaten. Und daran wird deutlich: Trotz dieser hervorragenden konjunkturellen Lage, trotz Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, trotz höherer Schlüsselzuweisungen aufgrund des Verbundsatzes vom Land Nordrhein-Westfalen an die Kommunen, also trotz all dieser sehr guten Rahmenbedingungen schaffen es 113 Kommunen in Nordrhein-Westfalen nicht einmal annähernd darzustellen, wie sie im Zeitraum der nächsten sechs Jahre ihren Haushalt ausgeglichen bekommen. Das verdeutlicht die wirkliche Dramatik, in der die nordrhein-westfälischen Kommunen stecken, und jede Verschlechterung der Rahmenbedingungen führt dazu, dass sie immer weiter in eine wirkliche politische Handlungsunfähigkeit hineingleiten.

Was wir brauchen, ist, dass Sie zum einen mit dem Wahnsinn des Raubzuges durch die kommunalen Kassen aufhören und dass Sie zum anderen Ihren eigenen Koalitionsvertrag endlich ernst nehmen und eine Gemeindefinanzreform vornehmen, die die nordrhein-westfälischen Kommunen so ausstattet, dass sie vor dem Hintergrund der Aufgaben, die wir als Land ihnen übertragen haben, auskömmliche Einnahmen haben.

Deshalb, meine Damen und Herren, stelle ich fest: Es gibt aus Sicht der nordrhein-westfälischen Kommunen überhaupt keinen Grund zum Jubel. Im Gegenteil: 1 Milliarde € hat ihnen Herr Linssen geklaut. Insofern bin ich gespannt, wie Sie, Herr Lux, glauben, das gleich rechtfertigen zu können. Das ist die kommunalfeindlichste Landesregie-

rung in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich akzeptiere ja, dass sich der Sportminister mit angeschlossener Innen- und Kommunalabteilung nicht dagegen stemmt. Aber dass Sie sich als große Volkspartei CDU, die immer behauptet, nahe bei den Gemeinden zu sein,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt noch nie!)

als Büttel dieser Politik vor den Karren spannen lassen, ist eigentlich nur noch enttäuschend.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schlussendlich, meine Damen und Herren, lautet meine Aufforderung an Sie: Nehmen Sie die dramatische Situation in den Kommunen ernst. Das ist eine ernste Sache, über die nicht einfach mit dem Hinweis, die Kommunen müssten auch Konsolidierungsbeiträge leisten, hinweggegangen werden kann. Fangen Sie an, gerne auch mit uns gemeinsam, daran zu arbeiten, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen in eine finanzielle Situation gebracht werden, dass sie ihre wichtigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auch tatsächlich wahrnehmen können und nicht weiter in die Schuldenfalle rasen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Jäger. – Für die CDU-Fraktion erhält das Wort der Abgeordnete Lux.

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger, in einem Punkt muss ich Ihnen Recht geben

(Ralf Jäger [SPD]: Nur in einem?)

– nur in einem –: Die Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor besorgniserregend. Das ist ohne Zweifel richtig. Aber unsere Beurteilung der Ursachen, Herr Jäger, geht sehr weit auseinander.

Sie sagen, es gebe keinen Grund zum Jubeln in den Kommunen. Es gibt einen sehr wichtigen Grund der Kommunen zum Jubeln: Das ist die Tatsache, dass seit 2005 hier andere Fraktionen, eine andere Regierung das Sagen haben. Und

das ist für die Kommunen das Beste, was ihnen passieren konnte.

(Beifall von der CDU – Ralf Jäger [SPD]: Das sehen die Betroffenen aber ganz anders, Herr Lux!)

Ich möchte Ihnen im Folgenden auch sagen, warum das so ist.

(Martin Börschel [SPD]: Sagen Sie denen das mal! Sie glauben es nicht!)

Zunächst setzt die Koalition der Erneuerung, die Regierung aus CDU und FDP,

(Bodo Wißen [SPD]: Die Koalition der Verblendung!)

ihre faire Partnerschaft mit den Kommunen fort. Die Zusagen werden insbesondere für das GFG 2008 eingehalten. Herr Jäger, diesen Raubzug durch die Kassen der Kommunen gibt es nicht mehr. Auf den festen Verabredungen der letzten Jahre aufbauend wurde gesagt: Es gibt keine weiteren Belastungen als die, die wir beschlossen haben.

(Ralf Jäger [SPD]: Was ist mit der Grunderwerbsteuer, mit KiBiz?)

Herr Jäger, Sie scheinen unter einer Teilamnesie zu leiden. Sie vergessen, unter welchen Rahmenbedingungen hier Haushalte gestrikt werden. Ich kann es Ihnen genau sagen: Als Ihnen die Verantwortung in diesem Hause entzogen wurde, betrug der Schuldenstand 112 Milliarden €

(Ralf Jäger [SPD]: Und jetzt?)

Wissen Sie, wie viele Milliarden Euro dieser Landeshaushalt jedes Jahr aufbringen muss, um Ihre Altschulden zu bedienen, mit denen wir nichts zu tun haben? Es sind mehr als 4 Milliarden €, die wir jedes Jahr aufbringen müssen, um Ihre Schulden zurückzuzahlen.

(Beifall von der CDU – Ralf Jäger [SPD]: Wie hoch ist der Schuldenstand jetzt? Er liegt bei 117 Milliarden! Sie machen mehr Schulden!)

Und da fangen Sie an, wie ein geistiger Kleinrentner zu behaupten, wir würden den Kommunen das Geld wegnehmen. Das Geld fehlt, weil Sie einen riesigen Schuldenberg hinterlassen haben, der bedient werden muss. Das müssen Sie sich einfach sagen lassen.

(Beifall von der CDU)

Sie tun so, als ginge es den Kommunen schlechter: Tatsache ist, dass den Kommunen im vergangenen Jahr über 900 Millionen € und im

nächsten Jahr noch einmal 840 Millionen € mehr im Finanzausgleich zur Verfügung gestellt werden als in den Jahren zuvor.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Weil es mehr Steuereinnahmen gibt!)

Das ist ein Rekordergebnis, das den Kommunen zur Verfügung gestellt wird. Auch das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Ich sage noch einmal: Dadurch werden die Sorgen der Kommunen nicht beseitigt. Aber es ist ein ganz wesentlicher Beitrag, den diese Landesregierung, den die Koalitionsfraktionen hier leisten, um zur Gesundung der Kommunen beizutragen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Frau Löhrmann, auch diese Zwischenrufe nützen nichts. Dass die Kommunen in dieser Situation stecken, dass die Kommunen mit Aufgaben überlagert worden sind, stammt aus der Zeit, als Sie hier das Sagen hatten, als es noch keine Konnexität gab.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD] – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Denn seitdem wir regieren, gibt es die Konnexität. Da gibt es die zusätzlichen Belastungen nicht mehr.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Seit dem Ende der letzten Wahlperiode, seitdem wir dran sind, gibt es keine Maßnahmen mehr ohne Konnexität.

(Horst Becker [GRÜNE]: Deswegen klagen die Kommunen auch!)

So einfach ist das. All die Belastungen, die Sie vorher vorgenommen haben, Herr Jäger, führen zu dem Ergebnis, unter dem die Kommunen heute leiden. Da beißt keine Maus den Faden ab. Das ist so.

(Beifall von der CDU)

Herr Jäger, wenn Sie sich hier zum Anwalt der Kommunen aufspielen, dann ist das nicht nur lächerlich. Das ist völlig unglaublich. Denn im Laufe der gesamten Beratungen dieses Haushaltes sind von Ihnen keinerlei Alternativen genannt worden. Sie gucken hinter jedes Komma, ob da noch irgendetwas zu maulen ist. Aber mit Alternativen, die den Kommunen Hoffnung machen oder einen anderen Weg aufzeigen würden, halten Sie ganz gewaltig hinterm Berg.

(Beifall von der CDU)

Sie haben sich von der Gestaltung in diesem Landtag verabschiedet. Wenn Sie zum Schluss sagen, Sie würden gerne bei der Beseitigung der Schwierigkeiten der Kommunen mitwirken, dann fangen Sie einfach an und nehmen Sie dieses Gesetz ernst! Diskutieren Sie es ernsthaft mit uns! Dann können wir auch über solche Dinge reden. Aber bisher sind Sie jeden Beitrag schuldig geblieben, der beweisen würde, dass Sie ernsthaft daran interessiert wären, die Situation der Kommunen zu verbessern.

(Beifall von der CDU)

Für die Kommunen haben wir sehr viel erreicht, indem wir dabei bleiben, dass die allgemeinen Zuweisungen fast 87 % betragen. Das heißt, die Bevormundung der Kommunen hat ein Ende, seitdem Rot-Grün abgelöst ist, seitdem Schwarz-Gelb regiert. Seitdem können die Kommunen weitgehend selbst über ihre Mittel verfügen. Auch die Aufteilung zwischen allgemeiner Investitionspauschale und den Schlüsselmitteln ist gleich geblieben. Das ist das Mehr an Freiheit, das wir den Kommunen versprochen hatten. Das halten wir durch. So wird es auch bleiben.

Meine Damen und Herren, wir werden auch in Zukunft dabei bleiben, dass es keine weiteren Belastungen der Kommunen gibt. Wir haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass die Kommunen ihre Haushaltsdefizite konsolidieren können. Wenn wir in diesem Jahr ein Gesamtdefizit von unter 2 Milliarden € im Gesamthaushalt haben, dann ist das ein wesentlicher Erfolg dieser Regierung. Das ist ein wesentlicher Erfolg der Koalition der Vernunft und der Erneuerung.

Wir werden diesen Kurs fortsetzen. Im Gegensatz zu früher können sich die Kommunen auf die Landesregierung, auf die Koalition der Erneuerung verlassen. Das wird auch in Zukunft so bleiben. – Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lux. – Für die FDP-Fraktion erhält der Kollege Engel das Wort.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Im zweiten Jahr infolge vergrößert sich nun auch im Haushaltsjahr 2008 das Volumen des Steuerverbundes um jetzt 12,7 % oder um über 856 Millionen €.

Über 7,6 Milliarden € verteilbare Verbundmasse stehen 2008 für die kommunale Familie zur Verfügung. Die Kommunen erhalten damit fast

100 Millionen € mehr als im Jahre 2000. Die Einnahmenseite erholt sich: ein Ergebnis aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage, aber auch der von der neuen Landesregierung gesetzten neuen Rahmenbedingungen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Man kann auch in aller Bescheidenheit anmerken: Unsere Arbeit trägt Früchte.

Darüber hinaus erhalten die Kommunen aus dem Gesamthaushalt des Landes im kommenden Jahr weitere 5,7 Milliarden €. Damit fließt weit mehr als ein Viertel der Gesamtausgaben des Landeshaushaltes in kommunale Kassen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Dabei ist die Krankenhausumlage bereits abgezogen. Da kann die Opposition noch so kritikastern; das sind die Fakten.

Die in den Haushaltsjahren 2006 und 2007 eingeleiteten Veränderungen im Steuerverbund werden im kommenden Jahr weiter fortgeführt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das ist eine Drohung!)

Das ist der richtige Weg, denn die Veränderungen haben auch dazu geführt, dass eine höhere Planbarkeit und Sicherheit der kommunalen Haushalts- und Finanzführung realisiert worden ist.

In Anbetracht des dargestellten Zahlengerüsts ist es auch im kommenden Jahr nach wie vor vertretbar, am Wegfall des Grunderwerbsteueranteils festzuhalten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir halten gegenüber unseren Kommunen das Versprechen: Der Verbundsatz bleibt bei 23 %, und die Schlüsselzuweisungen bleiben das zentrale Finanzierungsinstrument. Beides zusammen schafft Vertrauen.

(Beifall von der FDP)

Gestatten Sie mir, noch eine kurze Anmerkung zu einer von der Koalition vorgenommenen Nachjustierung zu machen. Wir haben die Abwassergebührenerhöhung um gut 2 Millionen € erhöht. Das schafft Erleichterung für den betroffenen ländlichen Raum, zum Beispiel für die Gemeinde Simmerath in der Eifel oder auch die Gemeinde Nümbrecht im Bergischen Land.

Darüber hinaus haben wir im GFG 2008 zwei strukturelle Veränderungen vorgenommen:

Erstens. Zur Ermittlung des Soziallastenansatzes im Rahmen der Schlüsselzuweisungsberechnung wird auf amtliches statistisches Material der Bundesagentur für Arbeit über die Zahl der SGB-II-

Bedarfsgemeinschaften zurückgegriffen. Wir Liberale halten diese Umstellung für sachgerecht,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es ist ein Hohn, sich als sozial zu bezeichnen!)

denn es können nicht im Jahre 2008 Daten aus Arbeitsmarktsstatistiken des Jahres 2004 herangezogen werden. In den letzten vier Jahren hat sich die Situation auf den regionalen Arbeitsmärkten derart positiv verändert – Gott sei Dank –, dass bei einem Rückgriff auf vier Jahre alte Daten ein verfälschtes Bild entsteht. Die Arbeitslosenquote sinkt. Sie ist zwar immer noch zu hoch, aber sie liegt mittlerweile bei 8,7 %, Stand: November. Das sind allein gegenüber dem Jahr 2006 1,6 % weniger Arbeitslose. Dabei gehe ich davon aus, dass das Ifo-Institut, das zurzeit ein Gutachten über eventuelle Anpassungen der Berechnungsgrundlagen erarbeitet, für die Zukunft eine Lösung vorschlagen wird, die auf Einvernehmen bei allen drei kommunalen Spitzenverbänden stoßen kann.

Zweitens. Die Schulpauschale wird im kommenden Jahr von 460 Millionen € um 80 Millionen € auf 540 Millionen € aufgestockt. Damit wird eine alte liberale Forderung umgesetzt. Die Schulpauschale wird zur Bildungspauschale weiterentwickelt. Viele Schulen können mit diesen Mitteln endlich modernisiert werden. Die Mittel können auch für den Ganztagsbetrieb, zum Beispiel für Bistro- und Menseneinrichtungen, und für Investitionen kommunaler Kindertageseinrichtungen verwendet werden.

Erfreulich ist, dass alle Ausgabenbereiche, auch die Investitionspauschalen, im kommenden Jahr steigen. Insgesamt stehen im kommenden Jahr fast 37 Millionen € mehr Mittel für die Investitionspauschalen zur Verfügung. Das sind 8 % mehr als 2007.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Gemeindefinanzierungsgesetz 2008 mit einem Gesamtwachstum von 12,7 % gegenüber 2007 ist Balsam vor allen Dingen für finanzschwache Kommunen und trägt nachhaltig zu deren Stärkung bei. Das wird sichtbar. Zum Jahresende 2006 befanden sich noch 196 Kommunen im Haushaltssicherungskonzept, zum 31. Oktober 2007 sind es 181 – immerhin 15 weniger. Wenn wir richtig gerechnet haben, Herr Becker – das gilt auch für Ihre Gemeinde Lohmar –, befanden sich zum Jahresende 2006 noch 113 Kommunen im Nothaushalt, die keine Chance auf eine Konsolidierung bzw. einen Haushalt wenigstens nach Haushaltssicherungskonzept hatten. Zum 31. Oktober 2007 sind es nur noch 104 – immerhin auch

dort neun weniger. Einen besseren Beweis für die Richtigkeit unserer kommunalen Finanzpolitik kann man meines Erachtens nicht geben. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Jetzt ist für Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Becker dran.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Wirklichkeit betrachtet, Herr Lux, gibt es für die Kommunen wenig Grund zu jubeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Interessante ist: Sie jubeln auch nicht. Die kommunalen Spitzenverbände sind in der Regel von schwarzen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landrätinnen und Landräten geprägt,

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

weil sie die letzten Kommunalwahlen noch vor der letzten Landtagswahl hoch gewonnen haben, weil niemand wusste, was die CDU tun würde.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt, da sie es wissen, jubeln sie nicht, sondern beschweren sich. Meine Damen und Herren, die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände wimmeln vor Kritik an Ihrem Gemeindefinanzierungsgesetz und den Lasten außerhalb des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Ich will nur eine nennen, weil ich gerade den Kollegen Hovenjürgen sehe: Im Zusammenhang mit KiBiz und den Belastungen rund um das KiBiz haben teilweise Ihre eigenen Leute in der Presse und über die Öffentlichkeit bis hin zu Abstimmungen mit der, wenn auch etwas verhaltenen, Form des Widerstands durch Enthaltung operiert. Sie sollten sich einmal fragen, ob das Zufall oder Verblendung der Opposition ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, die Wirklichkeit sieht anders als Ihre Wahrnehmung aus – ich habe es vorhin schon im Zusammenhang mit der Verwaltungsstrukturreform gesagt –, nämlich: Die Kommunen, die von der Verwaltungsstrukturreform betroffen sind, wollen wegen der Verletzung der Konnexität klagen. Sie klagen nicht etwa deswegen, weil sie eigentlich jubeln wollen und das Klagen dafür eine besondere Ausdrucksform ist, sondern weil Sie ihnen Mittel vorenthalten. Sie enthalten ihnen nicht nur an der Stelle, an der die Konnexität gefragt ist, die Sie früher mit beschlos-

sen haben, Mittel vor, sondern auch an anderen Stellen.

Zum einen haben Sie ihnen – der Kollege Jäger hat das auch schon gesagt – die Anteile an der Grunderwerbssteuer entzogen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es waren einmal 168 Millionen €, inzwischen werden es mit der alten Berechnung bei der jetzigen Situation 170 bis 180 Millionen € sein, die Sie ihnen vorenthalten.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Auf den Zwischenruf, Herr Linssen, habe ich gewartet. Sie dürfen das eigentlich nicht, aber ich freue mich immer, wenn der Finanzminister anwesend ist, wenn es um die Kommunen geht. Insofern darf ich Sie ganz herzlich begrüßen. Sie sind nämlich einer der Täter in diesem Zusammenhang,

(Beifall von den GRÜNEN)

die den Kommunen Geld entziehen. Sie weisen darauf hin, dass die Kommunen jetzt mehr bekommen. Das stimmt, sie bekommen mehr, aber sie bekommen deutlich zu wenig im Verhältnis zu dem, was ihnen eigentlich zusteht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das rechne ich Ihnen jetzt gerne vor, da Sie anwesend sind. Wenn Sie da sind, habe ich wenigstens einen vernünftigen Gesprächspartner, weil der Innenminister als Lobbyist für die Kommunen leider ausfällt.

Im Einzelnen wurden den Kommunen im GFG seit 2006 in mehreren Schritten dauerhaft 815,7 Millionen € jährlich entzogen, zunächst zusätzlich einmalig über eine Verbundsatzsenkung im Jahr 2006 158,5 Millionen €. Damit ist aber der Raubzug, den Herr Linssen durch die kommunalen Kassen veranstaltet hat, nicht zu Ende. Außerhalb des GFG wurden den Kommunen dauerhaft neue Lasten in Höhe von weiteren 245 Millionen € aufgebürdet. Das Land hat ohne finanziellen Ausgleich, Herr Lux, den Kommunen weitere Aufgaben und Lasten zugeschoben. Ich möchte sie Ihnen gerne aufzählen: Der kommunale Anteil an den Investitionskosten für die Krankenhäuser wurde verdoppelt – das sind mehr als 100 Millionen € mehr –, die Erstattung für die Schülerbeförderung wurde reduziert – das machte 49,4 Millionen € aus –, die Sachmittel für die pädagogische Arbeit in den Kindergärten wurde massiv gekürzt, und zusätzlich wurden die Landesmittel zum Ausgleich der Elternbeiträge gestrichen, die Sachkos-

ten für kommunale Kindertagesstätteneinrichtungen wurden seit 2006 gekürzt, was 17,8 Millionen € ausmachte.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Bei euch auch schon!)

– Nein, ich habe Ihnen gesagt, was Sie seit 2006 gekürzt haben. – Ich trage Ihnen das deswegen vor, Herr Linssen, weil Ihr Kollege Lux vorhin ausgeführt hat, es gäbe Anlass zum Jubeln. Ich weise noch einmal darauf hin, die kommunale Familie jubelt nicht, sondern sie ächzt,

(Beifall von den GRÜNEN)

und zwar vor allem vor dem Hintergrund des Anstiegs der Kassenkredite. Wer sich ansieht, dass in den letzten eineinhalb Jahren die Kassenkredite, also der zinsempfindliche Teil der kommunalen Kredite, von zunächst 10,5 Milliarden über 12 Milliarden auf jetzt 13,4 Milliarden € gestiegen ist, und sich vor Augen führt, was das für den Fall von Zinssteigerungen in den nächsten eineinhalb Jahren bedeutet, der weiß, dass Sie den Kommunen eine enorme Last aufbürden und dass Sie die Kommunen im Stich lassen. Und da jubelt überhaupt keine Kommune.

Ich möchte Ihnen einmal eine Kommune nennen, die ganz besonders wenig jubelt, denn das sind ja immer Beispiele, die auch die Zuhörerinnen und Zuhörer nachvollziehen können. Die Kommune Remscheid ist an einem Punkt angelangt, wo sie bei Streichung sämtlicher freiwilliger Leistungen ein strukturelles Haushaltsdefizit von 20 Millionen € jährlich hat mit der Folge, dass sie das über Kassenkredite finanziert, und das, weil Sie als Kommunalpartei, wie Sie sich früher immer genannt haben, nicht in der Lage sind, mit diesem Innenminister ein vernünftiges Konzept hinzubekommen, damit die wenigstens Schulden machen dürfen, wenn sie schon Schulden machen müssen,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

die langfristig finanziert sind und nicht kurzfristig mit diesem Zinsrisiko über Kassenkredite finanziert werden müssen. Sie machen Ihre Hausaufgaben auch an dieser Stelle nicht. Stattdessen reden Sie von Jubel, den man im Lande nirgendwo hört.

Meine Damen und Herren, wer sich ansieht, wie die konjunkturelle Lage jetzt ist und worüber Sie den angeblichen Schuldenabbau – das ist kein Schuldenabbau, sondern ein Abbau der Nettoverschuldung; die Schulden steigen ja nach wie vor – finanzieren, der stellt fest, dass Sie zwei Posten haben und alles andere heiße Luft ist. Der

eine Posten ist, dass Sie deutliche Steuermehreinnahmen haben. Sie haben Milliarden mehr als die frühere rot-grüne Koalition. Der zweite Posten ist, dass Sie entgegen den früheren Gepflogenheiten den Kommunen erhebliche Gelder abgenommen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das sind Ihre beiden Positionen, Herr Linssen, mit denen Sie sich hier als „eiserner Hans“ gerieren. In Wahrheit – das sage ich noch einmal, und das habe ich auch an anderer Stelle gesagt – ist es nichts anderes als Raubrittertum und Glück, Raubrittertum gegenüber den Kommunen und Glück bei den Steuereinnahmen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich sage das ganz deutlich, weil möglicherweise Ihre Glücksphase im nächsten Jahr, wenn Sie Pech haben, zu Ende geht. Ich bin gespannt, übrigens wie viele Kommunen, die überhaupt nicht jubeln, um das noch einmal zu betonen, wie Sie sich aufstellen wollen, wenn die Steuereinnahmen, im Übrigen auch im Zusammenhang mit der Unternehmensteuerreform, im nächsten Jahr nachlassen sollten. Gnade Gott den Kommunen und gnade Gott diesem Landeshaushalt, wenn Sie mit diesem Haushalt zwischen Raubrittertum und Glück nicht mehr weiterkommen. Ich möchte wissen, was Sie dann machen wollen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Denn das bisschen Mehr, das Sie den Kommunen jetzt geben, Herr Weisbrich, ist ein winziges Bisschen im Verhältnis zu dem, was Sie sich selber eingestrichen haben und wofür Sie sich rühmen.

Ich halte fest: Sie haben den Kommunen strukturell fast 1 Milliarde € im Haushalt entzogen.

(Beifall von den GRÜNEN – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hört, hört!)

Sie steigern damit übrigens volkswirtschaftlich die Verschuldung auf der anderen Seite. Ich erinnere Sie daran, Verschuldung wird gesamtstaatlich auch an der Verschuldung der Kommunen gemessen. Sie haben also die Kommunen geschädigt. Sie haben die kommunale Verschuldung im Zusammenhang mit den Kassenkrediten, also die gesamtstaatliche Verschuldung besonders schädlich in die Höhe getrieben und nicht gesenkt. Sie haben nur die Lasten anders verteilt.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Sie sind in einer Situation, in der Sie, wenn sich die Konjunktur abschwächt, entweder selber die Verschuldung für das Land deutlich nach oben

treiben müssen oder den Kommunen weiteres Geld entziehen werden. Sie haben die Konnexität an verschiedenen Stellen verletzt. Sie müssen sich damit auseinandersetzen, dass die Kommunen in diesem Bereich gegen die Landesregierung klagen. All das müsste Ihnen zu Denken geben und dürfte Sie nicht dazu veranlassen, von Jubel zu reden, den Sie nur in Ihren Hinterzimmern hören, der aber draußen im Land nicht stattfindet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung hat Herr Innenminister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schade, Herr GFG-politischer Sprecher Jäger, ich hatte bis zu Ihrem polemischen Abgang die Hoffnung, dass wir uns sachlich unterhalten können, aber dann begann wieder das Täuschen, Tricksen, Verschleiern, das Sie ja aus Ihrer Regierungszeit noch gut beherrschen.

Sie haben nicht zur Kenntnis genommen, dass wir eine neue Politik eingeläutet haben, und die heißt Transparenz. Es ist für die Kommunen klar absehbar, wie die Regeln sind. Wir haben diese Regeln auch eingehalten. Wir haben – das hat sich früher die Landesregierung als große Leistung angerechnet – die 23 % am Verbundsatz erhalten. Das ist natürlich in Ihrer Diktion eine Leistung der jetzigen Landesregierung. Ich bin sehr dankbar, dass auch die Koalitionsfraktionen diesen Weg unterstützen. Das ist Verlässlichkeit, das ist Planbarkeit für unsere kommunalen Gebietskörperschaften.

(Beifall von der FDP)

Wenn Herr Jäger hier über die Kassenkredite lamentiert, dann muss man den Zuhörerinnen und Zuhörern auch einmal sagen, dass diese nicht in den zweieinhalb Jahren der schwarz-gelben Regierungszeit entstanden sind,

(Beifall von Walter Kern [CDU])

sondern über Jahre und Jahrzehnte aufgebaut worden sind. Das ist in vielen Fällen Misswirtschaft seit vielen Jahren.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Gerade Herr Jäger kommt aus einer Stadt, die sich damit auskennt; sie befindet sich seit 1992 im Nothaushaltsrecht. Er soll uns doch bitte nicht sa-

gen, die Probleme seien in den letzten Jahren entstanden.

(Beifall von der CDU – Ralf Jäger [SPD]: Das ist dummes Zeug, Herr Minister!)

Durch die neue Finanzpolitik versuchen wir ja gerade, die Erblast abzutragen. Wir versuchen, das strukturelle Defizit zu vermindern, was Ihnen aus eigener Kraft niemals gelungen ist, Herr Jäger.

Wir wollen doch festhalten – da spreche ich sicherlich auch für Herrn Linssen –, dass Haushaltskonsolidierung weder auf Landesebene noch auf kommunaler Ebene mit einem Knall geht. Wenn man so tief in dem Mist sitzt, den Sie uns hinterlassen haben, geht das nicht in wenigen Tagen, Wochen oder Jahren. Dann muss man langfristig daran arbeiten.

Wir sind sehr froh – ich kann mir gut vorstellen, dass Herr Lux ein Stück weit stolz darauf ist –, dass wir jetzt über dem Jahr 2000 liegen. Das ist mehr als das, was Sie in all den Jahren den Kommunen geben konnten und geben wollten.

Wenn wir einmal eine Synopse der Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände der letzten Jahre einholten, stünden wir im Vergleich ganz gut da, glaube ich. Dass sie immer noch ein bisschen mehr haben möchten, ist nachvollziehbar. Wir sind aber ein verlässlicher Partner der Kommunen. Wir haben ihnen Planungssicherheit verschafft, was zu Ihren Zeiten niemals der Fall war, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin Herrn Engel auch sehr dankbar, dass er noch einmal klargestellt hat, dass auch diejenigen, die ganz besonders schlecht dastehen – und wir wissen um die kritische Finanzlage der Kommunen –, jedenfalls in Teilbereichen auch wieder ein bisschen Licht am Ende des Tunnels sehen. Wir können feststellen, dass es erstmals seit dem Jahr 2000 einen Rückgang der Gesamtzahl der Haushaltssicherungskommunen und der Nothaushaltskommunen gibt. Das ist auch ein Fortschritt.

(Beifall von Horst Engel [FDP])

Herr Engel hat die Zahlen ja genannt und Sie verbessert, Herr Jäger. Wir haben nur noch, aber leider immer noch 104 Nothaushaltskommunen.

Wir müssen versuchen, auch an dieser Stelle Entlastung zu schaffen. Das muss aber mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik untermauert werden. Die Steuern fallen schließlich nicht vom Himmel. Die Zuweisungen des Landes werden doch nicht

mal so eben aus dem Ärmel geschüttelt, sondern von den Menschen in Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Das schaffen wir nur mit einer vernünftigen Reformpolitik, die auch auf Freiheit abstellt.

Deswegen bin ich froh, dass wir den Kommunen mehr Freiheit geben können. Im GFG beträgt die Aufteilung, wie von Herrn Lux geschildert, 87:13. Der ganz überwiegende Anteil sind also verfügbare Mittel. Wir haben den Kommunen auch Möglichkeiten gegeben, sich im System freier zu bewegen. Wir haben eine Kommunalisierung von Aufgaben mit entsprechender Finanzierung geleistet – all das, was lange Jahre gefordert ist.

Ich kann Sie nur bitten, diesem GFG Ihre Zustimmung zu erteilen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Wolf. – Als Nächster spricht der fraktionslose Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Die Regierung Rüttgers macht auch 2008

(Unruhe – Glocke)

keine Politik für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger – und schon gar nicht für diejenigen, die auf Hilfe angewiesen sind. Sie macht keine Politik der Chancengleichheit – und schon gar nicht für die Schwächeren, sozial Benachteiligten und Kinder und Jugendlichen in NRW. Dies sieht man in den Kommunen des Landes sehr deutlich.

Die Mehreinnahmen der Kommunen von 855 Millionen € kommen allein konjunkturell bedingt zustande; denn insgesamt hat sich die Landesregierung durch Änderungen im System um rund 1 Milliarde € entlastet. Im Moment gibt es den Helmut im Glück; in den nächsten Jahren droht wieder eine karge „Linssen“-Suppe.

Die Verschuldung der Kommunen steigt so weiter auf über 13 Milliarden €, und die meisten Kommunen sind in der Haushaltssicherung. Auch da richtet sich Ihre Steuer- und Finanzpolitik wieder gegen Bürgerinnen und Bürger; denn ganz klar ist: Wenn den Städten die Mittel fehlen, wird wieder der Sozialetat beschnitten und werden im Umwelt- und Ökologiebereich Projekte wieder nicht verwirklicht werden können.

Dies wird zudem zulasten von Kindern und Jugendlichen gehen. Ganz real erleben wir dies jetzt bei den Auswirkungen von KiBiz und der Abschaffung der Elternbeitragsausgleichszahlungen. Zum

Beispiel fehlen in Münster – meiner Kommune, aus der ich komme – alleine im nächsten Jahr 2 Millionen € an Landeszuweisungen – Geld, das den Kommunen und den Kindergärten fehlt und das die Stadt jetzt alleine aufbringen muss. Es gibt natürlich auch weiter steigende Ausgaben im Sozialbereich.

Ich zitiere hier einmal Herrn Prof. Sander vom Städtetag NRW. Konkret hat er bei der Anhörung zum GFG 2008 gesagt:

„Wir haben immerhin noch Kassenkredite von über 12 Milliarden €. Das heißt, diese Situation“

– nämlich die Steuermehreinnahmen –

„müsste mehrere Jahre anhalten, damit wir überhaupt wieder etwas von diesen hohen Kassenkrediten abtragen könnten, und es befinden sich von den 427 Kommunen noch 190 im Haushaltssicherungskonzept, und davon haben 113 kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept.“

Weiter sagt Prof. Sander:

„Der Verbundsatz bleibt unverändert, und hier ist natürlich die kritische Bemerkung anzubringen, dass es beim Solidarbeitragsgesetz keine Spitzabrechnung gibt; ...“

Außerdem sagt er:

„Die Steuern sind gestiegen, sodass uns über 900 Millionen € nicht zukommen.“

Diese 900 Millionen €, die der Vertreter des Städtetages NRW konkret nennt, sind das, was Sie den Kommunen in den letzten Jahren weggenommen haben.

„Die kommunale Finanzsituation wird massiv beeinflusst durch die Hartz-IV-Reformen. Es war vorgesehen, dass die Kommunen mit 2,5 Milliarden € entlastet werden. Betrachtet man die tatsächliche Entwicklung und rechnet man den Entlastungsbetrag auf Nordrhein-Westfalen runter, so bleibt im Großen und Ganzen eine Entlastung von 110 Millionen € für die Kommunen.“

Alles das sagt Prof. Sander vom Städtetag dazu. Deshalb müssen wir im Zusammenhang mit dem GFG nochmals kritisieren, dass das Land seinen Beitrag für die Sonderentlastung der Kommunen in den neuen Bundesländern in Höhe von 220 Millionen € bei den Kommunen refinanziert, indem es seine Zahlungen beim Wohngeld entsprechend kürzt. Das ist die reale Situation.

Es gibt auch weitere strukturelle Verschlechterungen – vor allem dadurch, dass die Grunderwerbsteuer aus den Verbundgrundlagen des Finanzausgleiches des Jahres 2007 herausgenommen worden ist, was ein Defizit von 188,2 Millionen € bedeutet. Auch das ist eine deutliche Verschlechterung.

Deswegen fordern die Landschaftsverbände im Einklang mit den kommunalen Spitzenverbänden, die Verbundgrundlagen 2008 wieder um vier Siebtel des Grunderwerbsteueraufkommens des Landes zu erhöhen. Aber auch das machen Sie nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Das ist Ihre reale Politik. Sie ist gegen die Kommunen und gegen die Bürgerinnen und Bürger des Landes gerichtet – mit allen sozialen und ökologischen Folgewirkungen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Fraktion der Grünen hat sich noch einmal Kollege Becker zu Wort gemeldet.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil dieser sogenannte Kommunalminister, der sich in Wahrheit noch nicht mal auf Sport wirklich konzentrieren kann, an dieser Stelle wieder einmal Zahlen nennt und einen Eindruck zu erwecken versucht, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Herr Wolf lebt nicht in der Wirklichkeit.

Herr Wolf, wenn Sie sich in der Wirklichkeit auskennen und sie nicht seit Jahren ausblenden würden, wüssten Sie, der ganz leichte Rückgang bei den Nothaushaltkommunen – bei gleichzeitigem Anstieg der absoluten Schulden – hat nur etwas damit zu tun, dass all diese Kommunen auf NKF – neues kommunales Finanzmanagement – umgestellt haben. Das heißt, diese Veränderung beruht allein auf der Berechnungsmethode. Alle, die neu keinen Nothaushalt mehr fahren, sind NKF-Kommunen, haben also eine buchhalterische Umstellung vorgenommen. Das ist der ganze Effekt, der überhaupt nichts mit einem Abbau von Schulden zu tun hat. Sie sind wieder einmal als Blender aufgefallen, als ein Mann, der entweder keine Ahnung hat oder alle anderen veräppeln will.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Jäger [SPD]: Nepper, Schlepper, Bauernfänger!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung über das **Gemeindefinanzierungsgesetz** Drucksache 14/4602 und die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5517**. Wer ist für das Gemeindefinanzierungsgesetz in der vorliegenden Fassung? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. – Wer ist gegen das Gesetz? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Herr Sagel. – Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist das Gemeindefinanzierungsgesetz in zweiter Lesung mehrheitlich **angenommen**.

Ich weise noch darauf hin, dass die Rücküberweisung des GFG zur Vorbereitung der dritten Lesung morgen im Zusammenhang mit dem Haushaltsgesetz entschieden wird.

Ich rufe auf den **Einzelplan 12** in Verbindung mit **Einzelplan 20**

Finanzministerium

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 14/5500, 14/5512 und 14/5520 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Abgeordneten Sagel mit den Nummern 4 bis 6 der Tischvorlage zum Einzelplan 12 und den Nummern 7 bis 13 der Tischvorlage zum Einzelplan 20.

Ich eröffne die Beratung, bitte Sie um ein ruhiges Verlassen des Saals und um Ruhe im Saal und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Peschkes das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Theodor Peschkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst freue ich mich, dass der Finanzminister bei dieser Haushaltsberatung anwesend ist. Im Vorjahr hat ihn eine Krankheit zeitweise geschwächt, sodass er nicht dabei sein konnte. Aber, Herr Minister, diese Freude ist wohl die einzige Freude bei diesem Tagesordnungspunkt.

(Lachen von der SPD)

Ich gestehe Ihnen gerne zu, dass Sie manche Baustelle haben, um die Sie nicht unbedingt beneidet werden, wenn ich mal an das Chaos um die WestLB denke. Aber das darf nicht dazu führen, dass Ihr ureigener Geschäftsbereich, nämlich die Finanzverwaltung, von Ihnen so vernachlässigt wird, wie es zurzeit geschieht. Um es schon zu Beginn auf den Punkt zu bringen, Herr Minister: Die Beschäftigten in der nordrhein-westfä-